

Lehrkräfte sollen aufstocken – und profitieren

Analyse zum Lehrermangel Die Abschaffung von Kleinstpensen ist im neuen Positionspapier der SP kein Thema. Das ist bedauerlich.

Kurz vor den Sommerferien waren schweizweit noch mehrere Hundert Stellen für Lehrerinnen und Lehrer unbesetzt. Inzwischen konnten die meisten Löcher mit Aushilfen, Studierenden, Pensionierten oder Klassenassistenten gestopft werden. Das Problem ist damit aber nicht behoben. Es braucht langfristige Lösungen und eine ganzheitliche Strategie.

Die SP Schweiz hat dies erkannt und fordert in einem Positionspapier eine national koordinierte Bildungspolitik. Darunter fällt etwa ein gesamtschweizerisches Monitoring der Fluktuation, um zu sehen, welche Lehrpersonen kündigen, weshalb sie kündigen und wohin sie wechseln. Oder auch eine Lohnharmonisierung und eine verstärkte kantonale Zusammenarbeit. Damit will die Partei «dem verheerenden Schein-Wettbewerb zwischen den Kantonen und Schulen» ein Ende setzen.

Ähnliches hat bereits der Lehrerinnen- und Lehrer-



In kaum einer anderen Branche wird so viel Teilzeit gearbeitet. Foto: Key

verband Schweiz (LCH) gefordert. Überhaupt scheinen sich die von der SP vorgeschlagenen Massnahmen kaum von jenen der Gewerkschaft zu unterscheiden. Auch die Sozialdemokraten verlangen unter anderem zeitgemässe Anstellungsbedingungen, gute Löhne, Unterstützung von Anfängerinnen, Ausbildungen für das nur teilweise oder nicht ausgebildete Personal und

mehr berufliche Entwicklungsperspektiven.

Dagegen gibt es grundsätzlich nichts einzuwenden. Wer aber nach Lösungen für den Lehrkräftemangel sucht, sollte auch die Einführung von Mindestpensen erwägen. Diese sind bei Lehrern höchst unpopulär und wohl auch deshalb weder im Positionspapier der SP noch beim LCH ein Thema.

Fakt ist, dass in kaum einer anderen Branche Teilzeitpensen derart weitverbreitet sind wie beim Lehrerberuf. Gemäss Bundesamt für Statistik ist nur knapp ein Drittel der Lehrerinnen in der Schweiz vollzeitbeschäftigt. 44 Prozent arbeiten in einem Pensum zwischen 50 und 89 Prozent, knapp ein Drittel weniger als 50 Prozent.

Laut Bildungsbericht von 2018 liesse sich das prognostizierte Wachstum der Schülerschaft – bei konstantem Betreuungsverhältnis – bewältigen, wenn alle Lehrkräfte ihr Pensum um 10 Prozentpunkte aufstocken würden. Stefan Wolter, Mitautor des Bildungsberichts und Professor für Bildungsökonomie an der Universität Bern, sagte schon vor drei Jahren zu den CH-Media-Zeitungen, ein Mindestpensum von 30 bis 50 Prozent sei vorstellbar.

In Genf ist das bereits Tatsache. Dort werden Lehrerinnen und Lehrer verpflichtet, mindestens 50 Prozent zu arbeiten. Folglich

arbeitet knapp die Hälfte aller Lehrkräfte ganz oder beinahe Vollzeit. Der Westschweizer Kanton hat deshalb vergleichsweise weniger mit dem Lehrkräftemangel zu kämpfen. Dies aber auch, weil er bei der Ausbildung und beim Lohn einen eigenen Weg geht.

Als einziger Kanton in der Schweiz bildet Genf seine Lehrkräfte an der Universität aus. Die Ausbildung zur Primarlehrerin dauert vier Jahre, ein Jahr länger als an einer pädagogischen Hochschule. Viele bleiben dann auf dem Beruf, weil sie besser vorbereitet sind und bessere Entwicklungsmöglichkeiten haben. Zudem erhalten Lehrer in Genf in etwa alle denselben Lohn – egal, ob sie im Kindergarten, auf der Sekundarstufe oder in der Berufsschule tätig sind.

Das Beispiel aus der Romandie zeigt: Zwang kann den gewünschten Effekt erzielen, wenn er auch mit Anreizen verknüpft ist. Das können beispielsweise Entwicklungsperspektiven sein oder der

Ausbau familienergänzender Kinderbetreuung. Gemäss einer Erhebung des LCH ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Lehrerberuf, in dem Frauen deutlich in der Mehrzahl sind, ein wichtiger Punkt. Ein höherer Lohn kann ebenfalls motivierend sein. Die Zürcher FDP etwa schlägt vor, Lehrkräften, die ihr Pensum aufstocken, unter anderem eine Lohnerhöhung zu bieten.

Demnach dürfen Mindestpensen als mögliche Massnahme gegen den Lehrermangel nicht aus der politischen Debatte ausgeklammert werden. Bedingung ist aber, dass man sich gleichzeitig auch überlegt, wie sich der höhere Beschäftigungsgrad mit Angeboten verbinden lässt, die die allgemeine Situation der Lehrerinnen verbessern.



Alessandra Paone